

Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Planungs- und Verkehrsausschuss	24.05.2013	Kenntnisnahme
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	18.07.2013	Kenntnisnahme

Tagesordnungs- Punkt	Windenergieplanung der Verbandsgemeinde Unkel
-------------------------	--

Mitteilung:

Hintergrund:

Ende 2011 hat der Kreis Kenntnis davon erhalten, dass die Verbandsgemeinde Unkel beabsichtigt, zur Festlegung einer Konzentrationszone für rd. 200 m hohe Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe zur Kreisgrenze, ein Bauleitplanverfahren zu initiieren.

Um auf die damit für die schützenswerte, historisch bedeutsame Kulturlandschaft des Siebengebirges verbundenen erheblichen Beeinträchtigungen hinzuweisen, hat sich die Verwaltung bereits frühzeitig mit dem Kreis Neuwied und der Verbandsgemeinde Unkel in Verbindung gesetzt. Von dort wurde darauf hingewiesen, dass noch kein Verfahren begonnen und lediglich erste Überlegungen mit Voruntersuchungen angestellt seien.

Unbeschadet dessen hat die Verwaltung Mitte Dezember 2012 mit gleichlautenden Schreiben die Herren Minister Rimmel (MKULNV NW) und Groschek (MBWSV NW) sowie Frau Regierungspräsidentin Walsken um Unterstützung gebeten (**Anhang 1**).

Sachstand:

Ende Januar 2013 wurde das förmliche Bauleitplanverfahren eingeleitet und der Rhein-Sieg-Kreis gem. § 20 Landesplanungsgesetz RLP und §§ 4(1), 2(2) Baugesetzbuch als Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Die Stellungnahme äußerte aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes **erhebliche Bedenken (Anhang 2)** und wurde den Kreistagsfraktionen bereits am 12.04.2013 zur Kenntnis gegeben.

Die Bezirksregierung Köln hat dem Kreis mit Verfügung vom 11.04.2013 mitgeteilt, dass auch von dort die Besorgnis geteilt wird, dass *eine „...Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Erholungseignung in diesem überregional bedeutenden Gebiet nicht ausgeschlossen werden kann“* und hat als Verfahrensbeteiligte ebenfalls gegenüber der Gemeinde Unkel erhebliche Bedenken vorgetragen.

Um der Anliegen Nachdruck zu verleihen, hat die Verwaltung Mitte März 2013 ergänzend das in Rheinland-Pfalz zuständige Ministerium als Aufsichtsbehörde sowie die Ministerpräsidentin über den Sachverhalt und die Stellungnahme des Kreises informiert (**Anhang 3**).

Das Antwortschreiben der in NRW um Unterstützung gebetenen Ministerien (**Anhang 4**) bestätigt ebenfalls die Bedeutung und Schutzwürdigkeit des Siebengebirges, führt eine mögliche Beeinträchtigung von Chance 7 – Maßnahmen an, verweist im Wesentlichen allerdings nur auf deren Unzuständigkeit in bauleitplanerischen/ immissionsschutzrechtlichen Angelegenheiten und bleibt inhaltlich seltsam teilnahmslos. Ein Antwortschreiben ist beabsichtigt.

Zunächst bleibt abzuwarten, ob hier eine angemessene Abwägung aller relevanten Belange stattfindet.

Im Auftrag

(Michael Jaeger)